

Felix Ekardt

Vergesst Kopenhagen – und die Konsumentendemokratie!

Eine Entgegnung auf Martin und Peter Unfried

„Vergesst Kopenhagen und die Politik, die doch nur leer laufen – und setzt stattdessen auf bürgerliches Privathandeln und mehr Öko-Konsum.“ So die Botschaft der Unfried-Brüder kürzlich an dieser Stelle. In einem haben sie recht: Die Klimapolitik ist keine Erfolgsgeschichte. Weltweit sind die Emissionen seit 1990 um 40 % gestiegen. Auch in den Industrieländern sind sie nur dank der Industriezusammenbrüche 1990 in Osteuropa und dank der Produktionsverlagerungen in den Süden auf hohem Niveau stabil. Aktuell sind die Amerikaner bei 20, die Deutschen bei 11, die Chinesen bei 4 Tonnen CO₂ jährlich pro Kopf. Die Klimaforscher fordern inzwischen jedoch weltweit (!) mindestens minus 80 % bis 2050. In Europa wären das dann 90-95 %. Die viel zitierten „2 Tonnen pro Mensch und Emissionshalbierung bis 2050“ reichen voraussichtlich nicht, will man riesige wirtschaftliche Schäden, Kriege um Wasser oder Öl und Millionen Tote noch abwenden.

Kopenhagen wird die Pleiten der Klimapolitik fortsetzen und selbst bei günstigstem Verlauf die nötige Festlegung auf die 80 % weit verfehlen. Oder mangels klarer Vollzugsregeln in der Umsetzung versanden. Auch die nötigen riesigen Finanztransfers in den Süden werden nur in kleinen Ansätzen kommen – oder mangels klarer Vorgaben in den Taschen von Diktatoren enden. Es ist klimapolitisch und demokratisch fatal, dass eine Art großer Klimakonsens aus Parteien, Wirtschaft und Verbänden trotzdem Kopenhagen als Riesenschritt feiern wird, obwohl es besagte Schäden teilweise hinnimmt. Mehr „ging politisch eben nicht“, wird es heißen.

Wie die erwähnte Emissionsbilanz zeigt, ist die Klimapolitik also ein Fiasko. Die Unfried-Forderung „mehr Zivilgesellschaft und Konsumentendemokratie“, in der die Bürger von selbst klimafreundlicher leben und konsumieren, bisher allerdings auch. Freiwilliges Klimahandeln war schließlich schon bisher möglich: Und trotzdem ist unsere Emissionsbilanz unverändert, trotz unendlich vieler kleiner, sehr zu begrüßender bürgerlicher Initiativen. Die Forderung nach Umdenken, anderem Konsum und mehr Engagement ist zwar richtig und wichtig – sie braucht jedoch zwingend eine starke politische Flankierung. Sonst droht sie eine bloße Selbstbestätigung einzelner Lifestyle-Ökos anhand einiger symbolträchtiger Handlungen zu bleiben („heute ausnahmsweise mal ohne Auto zur Arbeit“). Und die nötige große Klimawende weiter vor sich her zu schieben.

Oft behindert nämlich Allzumenschliches meine Rolle als „klima-korrekter Konsument“. Etwa Konformität: Lasse ich den klimapolitisch inkorrekten Februar-Kurzurlaub auf Gran Canaria sein, obwohl er so schön billig ist, werde ich zum Sonderling. Zudem kann ich mir vom Gefühl her raumzeitlich fernliegende, unsichtbare Klimaschäden in Indien oder in 80 Jahren kaum vorstellen – also nehme ich das Klimathema vom Bauch her doch immer nur so halb ernst. Der Drang nach Bequemlichkeit, Gewohnheit und Verdrängung unliebsamer Folgen meines Tuns kommt dazu. Außerdem: Warum verzichten, wenn ich allein doch ohnehin nicht das Klima retten kann?

Dass wir Kunden so ticken, wissen auch die Unternehmen. Das heißt dann aber auch, dass sich (zu viele) Unternehmen mit nur noch klima-korrekten Produkten eventuell in den Konkurs treiben. Außerdem reichen Lippenbekenntnisse zu „mehr freiwilligem Klimaschutz im Unternehmen“ den Kunden oft. Die Einhaltung können (oder wollen) die Kunden ohnehin selten prüfen. Zumal es viele, teilweise gegenläufige Ziele gibt, auf die ich als Konsument ei-

gentlich achten müsste. Das eine Unternehmen verspricht vielleicht „Produkte ohne Kinderarbeit“, das andere Unternehmen verspricht „Klimafreundlichkeit“. Und jetzt soll ich als Verbraucher entscheiden, was von beidem wichtiger ist?

Von vornherein inexistent sind in der Konsumentendemokratie die unendlich vielen Armen weltweit, ebenso wie künftige Generationen: Deren Elend erscheint am Markt „kostenlos“, da sie heute keinen Konsumentendruck ausüben können. Das ist fatal: Denn der Klimawandel wird vor allem künftigen Generationen und den Armen in den südlichen Ländern schaden.

Natürlich unterliegen nicht nur Bürger und Unternehmen, sondern auch Politiker Faktoren wie Eigennutzen (Wiederwahl), Bequemlichkeit, Konformität. Zweifellos brauchen wir deshalb auch eine Kulturdebatte – allein schon, damit beherzte Klimapolitiker gewählt und nicht abgewählt werden. Keinesfalls dagegen helfen uns relativ folgenarme Sonntagsreden über Unternehmensverantwortung und neue Konsumenten à la utopia.de, die genau wie der fatale Klima-Konsens in der Gefahr steht, wenig zu leisten und uns gleichzeitig einzuschläfern, uns also von einem echten Angehen der Probleme abzuhalten drohen.

Druck in Richtung auf die nötigen politischen Veränderungen ist vielmehr die Hauptaufgabe für aufgeklärte Bürger – und erst nachrangig die Nutzung ihrer konsumentendemokratischen Macht. Zumal wir dringend eine revitalisierte demokratische Debatte brauchen. Statt zensierter Konsumenten-Dialoge mit vermeintlich änderungswilligen Unternehmen, die wie bei utopia.de die wirklich unangenehmen Fragen auf ihrer Homepage dann auch noch löschen.

Auch eine mögliche stärkere Symbolik als Schritt zur Klimawende („eine von Windrädern eingerahmte Autobahn“) überschätzen die Unfrieds. Der ganze Umweltschutz ist schon bisher überladen mit symbolischen Bekundungen, die seit 40 Jahren wenig an unserem weiter steigenden Ressourcenverbrauch geändert hat.

Außerdem bleibt das Setzen auf die Konsumenten und die freiwillig immer ökologischer werdenden Unternehmen der Wirtschaftswachstumslogik unserer Gesellschaft verhaftet. Minus 95 % Klimagase geht aber nicht mit ewigem Wirtschaftswachstum. Auch wenn Autos künftig mit Solarstrom fahren würden, blieben die anderen Ressourcen in einer physikalisch endlichen Welt endlich. Die tägliche Fahrt zur Arbeit mit dem Auto für alle Menschen weltweit wird es so nicht geben können. Und dass nur die anderen verzichten und nicht wir, wäre absurd. Vielleicht ist endloses Wachstum ohnehin gar nicht erstrebenswert: Sind die im Schnitt viel ärmeren Brasilianer wirklich im Schnitt unglücklicher als die Deutschen?

Wie aber geht Marktwirtschaft und Demokratie ohne Wachstum - das sollten wir debattieren. Nicht ernsthaft reden sollten wir dagegen über den Irrglauben, Unternehmen könnten freiwillig anfangen, Fahrräder statt Autos zu bauen – und von ihrem Expansionskurs abzulassen. Niemals wird der sehr oft primär eigennützig, raumzeitlich kurzsichtige Mensch rein (!) freiwillig die Emissionen fast auf Null senken. Ökonomen sagen zu recht: Das Klima erscheint vordergründig „kostenlos“ und wird deshalb zu stark genutzt. Das ändern wir nur, indem wir Politik machen. Allerdings viel entschlossener als in Kopenhagen.

Felix Ekardt ist Professor für Umweltrecht und Rechtsphilosophie an der Uni Rostock. 2009 erschien bei Herder „Cool Down. 50 Irrtümer über unsere Klima-Zukunft – Klimaschutz neu denken“ als Taschenbuch.